

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
Teil 1: Das internationale Investitionsschutzrecht zwischen Bedeutungszuwachs und Kritik	7
§ 1. Entwicklungslinien des internationalen Investitionsschutzrechts	7
A. Die Entfaltung des Investitionsschutzrechts	7
B. Die „Europäisierung“ des Investitionsschutzrechts	11
C. Das Investitionsschutzrecht in der Kritik	12
D. Der Trend zur „Verallgemeinerung“ des Investitionsschutz- rechts	14
E. Die öffentliche Debatte über das Investitionsschutzrecht	16
§ 2. Strukturelemente des internationalen Investitionsschutzrechts unter besonderer Berücksichtigung aktueller europäischer Vertragsentwürfe	17
A. Anwendungsbereich	18
B. Regelungen zur Liberalisierung ausländischer Investitionen	19
C. Materielle Schutzstandards für Investitionen und ihre Eingrenzung	20
I. Nichtdiskriminierung und Meistbegünstigung	20
II. Faire und gerechte Behandlung	21
III. Schutz bei Enteignungen	22
IV. Weitere Schutzstandards	23
D. Bestrebungen zum Schutz von Regulierungsspielräumen und Rechtsgütern	24
I. Ausnahmeklauseln und Klauseln zum Schutz des Regulierungsrechts	24
II. Positive Schutzverpflichtungen	27

E. Der sich entwickelnde Rahmen für Streitschlichtung und Durchsetzung	29
I. Investitionsschiedsgerichte	30
II. Geplante öffentliche Investitionsgerichtshöfe	31
III. Unabhängigkeit und Unbefangenheit der zur Entscheidung berufenen Personen	33
IV. Intergouvernementale Ausschüsse	34
F. Prozessuales Investitionsschutzrecht	34
I. Das Verhältnis zum nationalen Rechtsschutz	34
II. Anwendbares Recht	36
1. Verfahrensrecht	36
2. Materielles Recht	37
3. Recht des Ortes des Schiedsverfahrens	38
III. Das Zwischenverfahren zur Bestimmung des Beklagten bei Klagen gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten	39
IV. Die Entwicklung hin zu mehr Öffentlichkeit und Transparenz	40
V. Entscheidung und Verfahrenskosten	41
VI. Rechtsbehelfe	42
G. Verantwortlichkeit des Gaststaates	43
H. Vollstreckung	44
Teil 2: Abschluss und interne Wirkungen von Investitionsschutzverträgen nach deutschem und europäischem Verfassungsrecht	47
§ 3. Vertragsschluss und innerstaatliche Wirkungen im deutschen Recht	47
A. Aushandlung und Abschluss von Investitionsschutzverträgen	47
I. Vertragsabschluss nach Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	48
II. Anwendbarkeit des Art. 24 Abs. 1 GG	49
1. Investitionsstreitbeilegungseinrichtungen als „zwischenstaatliche Einrichtungen“	50
2. Ausübung von „Hoheitsrechten“	50
B. Innerstaatliche Stellung und Wirkungen von Investitionsschutzverträgen	52
I. Geltung, Rang und Vorrang	52
II. Die innerstaatliche Bindung	53
III. Folgen der innerstaatlichen Bindung	54
1. Unmittelbare Wirkungen	55

2. Mittelbare Wirkungen	56
IV. Ausschluss der unmittelbaren Wirkung – Reichweite und Folgen	59
C. Zusammenfassung	61
§ 4. Kompetenzen, Vertragsschluss und innereuropäische Wirkungen im Unionsrecht	61
A. Die partielle Kompetenz der EU zum Abschluss von Investitionsschutzverträgen	61
I. Die Reichweite der ausdrücklichen Kompetenz für „ausländische Direktinvestitionen“ nach Art. 207 AEUV	63
1. Die fehlende EU-Kompetenz für Portfolioinvestitionen	64
2. Einschränkungen der ausdrücklichen Kompetenz im Bereich ausländischer Direktinvestitionen	66
II. Implizite Kompetenzen im Bereich des Investitions- schutzrechts?	70
B. Aushandlung und Abschluss von Investitionsschutzverträgen	72
I. Das Verfahren auf europäischer Ebene	72
1. Ablauf des Verfahrens	72
2. Erforderliche Mehrheitsverhältnisse im Rat	73
a) Das Quorum bei hypothetischer interner Sekundärrechtssetzung	74
b) Mehrheitserfordernisse bei Vorhandensein einer primärrechtlichen Entsprechung	76
II. Einflussmöglichkeiten von Bundesregierung und Bundestag	78
III. Vorläufige Anwendung	79
C. Innerunionale Stellung und Wirkungen von Investitions- schutzverträgen	81
I. Geltung, Rang und Vorrang	81
II. Wirkungen	82
1. Unmittelbare Wirkungen	82
2. Mittelbare Wirkungen	84
D. Zusammenfassung	86
§ 5. Besonderheiten bei gemischten Investitionsschutzverträgen	87
A. Investitionsschutzverträge als gemischte Abkommen	87
B. Der Abschluss gemischter Investitionsschutzverträge und deren vorläufige Anwendung	89

C.	Wirkungen gemischter Verträge im europäischen Verfassungsverbund	92
I.	Geltung, Rang und Vorrang	92
II.	Wirkungen	94
D.	Zusammenfassung	94
Teil 3:	Die Verfassungsmäßigkeit investitionsschutzrechtlicher Vertragsbestimmungen	97
§ 6.	Die Bestimmung der verfassungsrechtlichen Maßstäbe	97
A.	Prüfungsmaßstab für deutsche Übereinkommen nach dem Grundgesetz als Ausgangspunkt	98
B.	Prüfungsmaßstäbe für Übereinkommen der EU nach Unionsrecht und deutschem Verfassungsrecht	100
I.	Prüfung aus der Sicht des Unionsrechts	100
II.	Residuale Prüfung am Maßstab des Grundgesetzes	102
C.	Prüfungsmaßstäbe bei gemischten Abkommen	104
D.	Zusammenfassung	105
§ 7.	Verfassungsrechtliche Demokratiegebote	106
A.	Das Demokratieprinzip des Grundgesetzes	106
I.	Grundgehalte des Demokratieprinzips	106
II.	Erfordernis eines hinreichenden Legitimations- zusammenhangs	108
1.	Personelle Legitimation	108
2.	Sachliche Legitimation	112
III.	Wahrung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten (right to regulate)	113
1.	Arten möglicher Einschränkungen demokratischer Gestaltungsspielräume	114
a)	De jure	114
b)	De facto (regulatory chill)	115
c)	Investitionsschutzrechtliche Anerkennung staatlicher Regulierungsspielräume	117
2.	Bewertung im Hinblick auf das Demokratieprinzip	117
a)	Prinzipielle Offenheit des demokratischen Prozesses und Reversibilität	118
aa)	Materielle Wertungen	118
bb)	Investitionsstreitbeilegungsverfahren	120

b) Das Budgetrecht und die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Bundestages	121
B. Demokratische Grundsätze der EU	122
C. Zusammenfassung	124
§ 8. Regulierungsaufträge („duties to regulate“)	125
A. Grundgesetzliche Regulierungsaufträge	125
I. Grundgehalte der Regulierungspflichten	127
II. Investitionsschutzrechtliche Anerkennung staatlichen Rechtsgüterschutzes	128
B. Unionsrechtliche Regulierungsaufträge	130
C. Zusammenfassung	132
§ 9. Das verfassungsrechtliche Problem der Inländerdiskriminierung	132
A. Vergleichbarkeit	135
B. Ungleichbehandlung	135
C. Mögliche Rechtfertigung	137
D. Folgen einer ungerechtfertigten Inländerdiskriminierung	138
E. Zusammenfassung	138
§ 10. Funktionsvorbehalte verfassungsrechtlich eingerichteter Gerichtsbarkeit	139
A. Funktionsvorbehalt staatlicher (Grundrechts-)Gerichtsbarkeit im Grundgesetz	141
B. Funktionserhalt durch die Autonomie der Unionsrechtsordnung	143
I. Feststehende Zuständigkeitsverteilung zwischen EU und ihren Mitgliedstaaten	144
II. Exklusivität der unionsrechtlichen Streitbeilegungs- mechanismen (Art. 344 AEUV)	146
III. Alleinige Zuständigkeit des EuGH zur Auslegung und Anwendung des Unionsrechts	147
1. Unmittelbare Auslegung und Anwendung	148
2. Mittelbare Auswirkungen auf Auslegung und Anwendung	148
C. Zusammenfassung	150
§ 11. Rechtstaatliche und grundrechtliche Anforderungen an die Investor-Staat-Streitbeilegung	151
A. Vorgaben des Grundgesetzes	151

I.	Der gesetzliche Richter und die Bestimmbarkeit der Entscheidungspersonen	151
II.	Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Entscheidungs- personen	153
III.	Der Öffentlichkeitsgrundsatz	154
IV.	Anforderungen an die Bereitstellung von Rechtsbehelfen	156
V.	Gewährleistung der Einheitlichkeit der Schiedsrechtsprechung	158
VI.	Divergenzen zwischen Rechtsprechungslinien	159
1.	Allgemeines	159
2.	Der Vorrang des Primärrechtsschutzes	161
B.	Die europäischen Verfahrensgrundrechte des Art. 47 EUGrCh	163
I.	Unabhängiges, unparteiisches und durch Gesetz errichtetes Gericht	164
II.	Öffentlichkeit des Verfahrens	164
III.	Zugänglichkeit für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	165
C.	Zusammenfassung	166
§ 12.	Zur Angemessenheit abgesenkter verfassungsrechtlicher Prüfungsmaßstäbe bei Investitionsschutzverträgen	167
 Teil 4: Investitionsschutz- und Verfassungsrecht im Kontext der politischen Debatte		
§ 13.	Akteure und verfassungspolitische Konfliktlinien	172
A.	Institutionelle Konfliktlinien	172
I.	Europäische Ebene (Parlament vs. Kommission)	172
II.	Deutsche Ebene	174
B.	Zivilgesellschaftliche Konfliktlinien	175
C.	Internationale Konfliktlinien	176
D.	Die Verfassungsgerichte als Impulsgeber	177
E.	Zusammenfassung	178
§ 14.	Die Rolle förmlicher verfassungsrechtlicher Verfahren	178
A.	Außergerichtliche Verfahren	179
I.	Organschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten	179
II.	Mitwirkungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gruppen; insbesondere Bürgerinitiativen	179

B. Gerichtliche Verfahren	183
I. Verfahren vor dem BVerfG	183
1. Verfassungsbeschwerde	184
2. Organstreit	185
3. Abstrakte Normenkontrolle	186
II. Verfahren vor dem EuGH	187
1. Gutachtenverfahren	187
2. Nichtigkeitsklage	188
3. Subsidiaritätsklage	190
4. Einwirkungsmöglichkeiten von Bundestag und Bundesrat hinsichtlich europäischer Rechtsbehelfe . . .	191
C. Zusammenfassung	193
Schlussbetrachtung: Zwischen Konfrontation und Annäherung – Perspektiven des Verhältnisses von Investitionsschutzrecht und Verfassungsrecht	197
Literaturverzeichnis	205
Stichwortverzeichnis	215